

Pandemie-Kosten

Von überfällig bis kontraproduktiv

SILKE HELLWIG

Eine bundesweite Debatte über die mittel- und langfristige Verteilung der finanziellen Lasten der Corona-Krise setzte im April vor einem Jahr bundesweit ein. Damals ahnte niemand, dass ein Jahr später weiterhin hohe Ausgaben zu leisten sind, um die Bevölkerung zu testen, zu impfen und Unternehmen zu unterstützen. An den Einbußen des Bruttoinlandsprodukts gemessen, betrage der wirtschaftliche Verlust rund 325 Milliarden Euro für Deutschland, im Vergleich zur Wirtschaftsleistung ohne Pandemie, sagt Ifo-Präsident Clemens Fuest kürzlich während der „Munich Economic Debates“, wie die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete – Bildungs- und soziale Kosten nicht eingerechnet.



Sarah Ryglewski, SPD

„Wichtig ist, dass wir sicherstellen, dass nicht diejenigen für die Krise zahlen, die jetzt unter ihr zu leiden haben“, betont Sarah Ryglewski, Bundestagsabgeordnete für Bremen und Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium. Die Folgekosten der Pandemie seien nicht absehbar, einige Branchen und Menschen brauchten vermutlich noch längere Zeit staatliche Unterstützung, auch wenn Herdenimmunität erreicht sei. Zukunftsinvestitionen dürften dennoch nicht vertagt werden. Daher müssten „die Ausnahmetatbestände der Schuldenbremse weiterhin angewendet“ werden. Sarah Ryglewski verweist auf das SPD-„Zukunftsprogramm“, das im Mai verabschiedet werden soll, und eine Reform der Erbschaftssteuer, eine Anpassung des Spitzensteuersatzes sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer auf „moderatem“ Niveau vorsieht: „Wer sehr viel Vermögen hat, muss einen größeren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten.“

Ryglewskis Parteifreund Andreas Bovenschulte, Bremens Bürgermeister, hat sich vor einem Jahr für eine Vermögensabgabe ausgesprochen. Die FDP stellte fest, dass damit zur „Unzeit eine Enteignungs- und Neiddebatte angezettelt“ werde. „Es geht in Bremen viel zu häufig um ideologiegetriebene Umverteilungsdebatten anstatt um Leistungs- und Chancengerechtigkeit. Oberstes Ziel muss es sein, die konjunkturelle Entwicklung zu stabilisieren“, sagte FDP-Fraktionschefin Lencke Wischhusen.

Ähnlich argumentiert die Bremer CDU: Die Diskussion vermittele den Eindruck, „dass es in Deutschland überdurchschnittlich viele Gewinner der Corona-Krise gibt, die sich bereichern und nun endlich zur Kasse gebeten werden müssten. Das ist absolut falsch“, stellt der Landesvorsitzende Carsten Meyer-Heder fest. Eine Vermögenssteuer oder -abgabe würden „die dringend notwendige wirtschaftliche Erholung abwürgen und sind deshalb kontraproduktiv“. Vielmehr brauche es eine „gesamtgesellschaftliche Finanzierung der Kosten“. Das schließe „auf jeden Fall eine längst überfällige gerechte Besteuerung multinationaler Digitalkonzerne ein“, so Meyer-Heder.

Die Debatte müsse geführt werden, aber „unaufgeregt“ und ohne moralischen Zeigefinger, so Christoph Spehr, Landeschef der bremischen Linken. „Alte Fragen wie Vermögensabgabe und Erbschaftssteuer werden durch die Krise drängender“, da der Abstand zwischen Arm und Reich weiter wachse. Eine Möglichkeit des Ausgleichs sei eine Übergewinnsteuer – wie die USA und Großbritannien sie im Ersten und Zweiten Weltkrieg von Unternehmen erhoben hatten, die unerwartet hohe Zusatzgewinne machten.

Er habe den Eindruck, dass auch bei der Mehrheit der Bevölkerung die Einschätzung bestehe, dass die Pandemie-Lasten gerecht und nach finanziellem Leistungsvermögen verteilt werden müssten.
